

Große Anfrage

der Abgeordneten Wolfgang Roth, Dr. Norbert Wieczorek, Dr. Ingomar Hauchler, Dr. Uwe Jens, Dr. Fritz Gautier, Norbert Gansel, Brigitte Adler, Robert Antretter, Hermann Bachmaier, Holger Bartsch, Hans Berger, Hans Gottfried Bernrath, Friedhelm Julius Beucher, Rudolf Bindig, Lieselott Blunck, Arne Börnsen (Ritterhude), Anni Brandt-Elsweier, Hans Büchler (Hof), Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Hans Martin Bury, Marion Caspers-Merk, Wolf-Michael Catenhusen, Peter Conradi, Dr. Nils Diederich (Berlin), Dr. Marliese Dobberthien, Eike Ebert, Dr. Peter Eckardt, Helmut Esters, Carl Ewen, Lothar Fischer (Homburg), Norbert Formanski, Anke Fuchs (Köln), Monika Ganseforth, Iris Gleicke, Achim Großmann, Karl Hermann Haack (Extertal), Dr. Liesel Hartenstein, Reinhold Hiller (Lübeck), Dr. Uwe Holtz, Gunter Huonker, Gabriele Iwersen, Ilse Janz, Dr. Ulrich Janzen, Volker Jung (Düsseldorf), Susanne Kastner, Marianne Klappert, Siegrun Klemmer, Hans-Ulrich Klose, Walter Kolbow, Rolf Koltzsch, Volkmar Kretkowski, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Detlev von Larcher, Klaus Lennartz, Dr. Elke Leonhard-Schmid, Klaus Lohmann (Witten), Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Ulrike Mascher, Christoph Matschie, Ingrid Matthäus-Maier, Ulrike Mehl, Herbert Meißner, Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Siegmars Mosdorf, Michael Müller (Düsseldorf), Albrecht Müller (Pleisweiler), Rudolf Müller (Schweinfurt), Jutta Müller (Völklingen), Christian Müller (Zittau), Franz Müntefering, Gerhard Neumann (Gotha), Dr. Edith Niehuis, Horst Niggemeier, Jan Oostergetelo, Dr. Helga Otto, Peter Paterna, Albert Pfuhl, Joachim Poß, Rudolf Purps, Walter Remppe, Renate Rennebach, Otto Reschke, Peter W. Reuschenbach, Gudrun Schaich-Walch, Dieter Schanz, Dr. Hermann Scheer, Siegfried Scheffler, Otto Schily, Dieter Schloten, Günter Schluckebier, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Ursula Schmidt (Aachen), Dr. Emil Schnell, Dr. Rudolf Schöffberger, Ottmar Schreiner, Karl-Heinz Schröter, Dietmar Schütz, Dr. Werner R. Schuster, Ernst Schwanhold, Bodo Seidenthal, Lisa Seuster, Horst Sielaff, Erika Simm, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Dr. Dietrich Sperling, Antje-Marie Steen, Ludwig Stiegler, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Dr. Gerald Thalheim, Wolfgang Thierse, Günther Tietjen, Hans-Günther Toetemeyer, Hans-Eberhard Urbaniak, Siegfried Vergin, Josef Vosen, Hans Wallow, Rudi Walther (Zierenberg), Wolfgang Weiermann, Barbara Weiler, Reinhard Weis (Stendal), Gunter Weißgerber, Jochen Welt, Dr. Axel Wernitz, Lydia Westrich, Gudrun Weyel, Helmut Wieczorek (Duisburg), Heidemarie Wieczorek-Zeul, Hermann Wimmer (Neuötting), Verena Wohlleben, Hanna Wolf, Dr. Christoph Zöpel, Dr. Peter Struck, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD

GATT-Welthandelssystem: Freier Welthandel zur Sicherung der Leistungskraft der deutschen Wirtschaft, Integration Osteuropas in die Weltwirtschaft und Überwindung des Nord-Süd-Konfliktes

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein vitales Interesse daran, daß die GATT-Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde

über die Neuordnung des Welthandels so schnell wie möglich erfolgreich abgeschlossen werden. Der freie Welthandel muß erhalten und weiter ausgebaut werden, damit die deutsche Wirtschaft ihre Leistungskraft erhalten und verbessern und ein zügiger Aufbau der neuen Bundesländer erfolgen kann. Auch die Integration der Reformländer Mittel- und Osteuropas und der Sowjetrepubliken in die Weltwirtschaft sowie Fortschritte bei der Überwindung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer einschließlich der Verbesserung ihrer Wirtschaftskraft und Leistungsfähigkeit werden entscheidend gefördert, wenn die GATT-Uruguay-Runde erfolgreich abgeschlossen wird. Auch die Armutswanderungen von Süden nach Norden und damit das Problem der aus wirtschaftlichen Gründen Asylbegehrenden werden nur wirksam gelöst werden können, wenn das ökonomische Gefälle zu den Ländern der Dritten und Vierten Welt nicht zuletzt auch durch substantielle Zugeständnisse der Industrieländer bei den GATT-Verhandlungen abgebaut wird. Der Wanderungsdruck auf Europa und die Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Probleme können nur durch Bekämpfung der Flucht- und Wanderungsursachen gemildert werden.

Aufgrund ihrer intensiven Verflechtung in der Weltwirtschaft ist die Bundesrepublik Deutschland wie kaum ein anderes Land von einem freien Welthandel abhängig. Ein großer Teil unseres Wohlstandes, die Einkommensentwicklung und die Sicherheit unserer Arbeitsplätze hängen in hohem Maße von optimalen Rahmenbedingungen für den Welthandel ab. Eine Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung durch den Abbau bestehender Beschränkungen des Welthandels und die Durchsetzung eines fairen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt würde der Bundesrepublik Deutschland in besonderem Maße zugute kommen. Dagegen würden ein weltweites Anwachsen des Protektionismus, das Entstehen voneinander abgeschotteter regionaler Handelsblöcke, zunehmender Bilateralismus internationaler Handelsbeziehungen und kostspielige Handelskriege vor allem für die deutsche Wirtschaft zu schweren Nachteilen und einem Verlust von Arbeitsplätzen führen.

Wegen der außerordentlichen Bedeutung des freien Welthandels für die Bundesrepublik Deutschland hat der Mißerfolg der GATT-Konferenz vom Dezember letzten Jahres, bei der ursprünglich bereits der Abschluß der Uruguay-Runde vorgesehen war, vor allem der deutschen Wirtschaft geschadet. An dem Scheitern dieser Konferenz trug die Bundesregierung aufgrund ihres Festhaltens an ihrer verfehlten Agrarpolitik ein erhebliches Maß an Mitschuld. Durch ihre Weigerung, einen substantiellen Abbau des Agrarprotektionismus und des Subventionsunwesens in der Agrarwirtschaft vorzunehmen, ist die Bundesregierung mit dafür verantwortlich, daß Restriktionen des Welthandels unverändert fortbestehen und wichtige, für die deutsche Wirtschaft regelungsbedürftige Fragen, wie Schutz geistigen Eigentums und Öffnung der Märkte für Dienstleistungen, ungelöst sind. Die deutsche Wirtschaft ist durch das Verhalten der Bundesregierung zum Hauptleidtragenden der überholten Agrarpolitik geworden.

Eine wirksame Reform der europäischen Agrarpolitik ist überfällig. Die gegenwärtige Agrarpolitik bringt für die Erhaltung eines intakten Naturhaushaltes, Verbraucher, Steuerzahler, Drittländer und auch für die Landwirte selbst mehr Nachteile als Vorteile. So kommt heute nur noch ein Bruchteil der staatlichen Fördermittel bei den Landwirten an. Ein erheblicher Teil der Agrarsubventionen dient der Lagerung und dem Export von Überschüssen zu Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt. Auch aufgrund der Haushaltslage der EG ist eine grundlegende Reform des EG-Agrarsystems unausweichlich. Da eine Einigung in der Agrarfrage inzwischen zum Dreh- und Angelpunkt der GATT-Verhandlungen geworden ist, muß sich die EG umgehend auf eine kompromißfähige Verhandlungsposition einigen.

Mit den von der Bundesregierung am 9. Oktober 1991 vorgelegten Leitlinien für die Verhandlungen zur Reform der europäischen Agrarpolitik gibt die Bundesregierung zu, daß ihre bisherige Agrarpolitik gescheitert ist. Die versuchten Mengenreduzierungen über Flächenstillegungen und Quoten sind fehlgeschlagen. Die Bundesregierung mußte einräumen, daß die Einkommen der Bauern neben den am Markt erzielbaren Preisen über direkte Hilfen gesichert werden müssen. Dennoch sind die von der Bundesregierung vorgelegten Leitlinien halbherzig, widersprüchlich und in wesentlichen Punkten unbestimmt. Nach wie vor sollen nach Auffassung der Bundesregierung die Agrarüberschüsse primär über Flächenstillegungen und Quotenregelungen abgebaut werden. Nach den Beschlüssen der Bundesregierung soll zwar der effektive Marktzugang verbessert werden, gleichzeitig wird aber ein ausreichender Außenschutz betont. Aus den Beschlüssen geht auch nicht hervor, wie der Einkommensausgleich in der Landwirtschaft gestaltet werden soll. Insgesamt reichen die Vorschläge der Bundesregierung nicht aus, die Überschußproduktion in der EG wirksam einzudämmen und Importbehinderungen in notwendigem Umfang abzubauen. Durch die Beschlüsse werden in der Agrarpolitik weiterhin falsche Signale gesetzt; sie sind keine ausreichende Garantie für einen Erfolg der GATT-Runde. Hinzu kommt, daß jeder Ansatz einer ökologischen Orientierung in der Landwirtschaft der EG in den Beschlüssen der Bundesregierung fehlt.

Unter Berücksichtigung der überragenden deutschen Interessen an einem positiven Abschluß der GATT-Verhandlungen fragen wir die Bundesregierung:

I. Allgemeines

1. Wie groß ist die Anzahl der Beschäftigten, die vom Export abhängig sind, und wie hoch ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten
 - a) in den alten Bundesländern,
 - b) in den neuen Bundesländern,
 - c) insgesamt?
2. Wie hoch ist der Anteil des Bruttosozialproduktes in der Bundesrepublik Deutschland, der direkt oder indirekt vom Export abhängig ist?

Wie hoch ist der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland?

3. Wie hoch ist der Anteil des Agrarsektors am Welthandel, und wie hat sich dieser Anteil in den letzten zehn Jahren entwickelt?
4. Welche typischen Beschränkungen des freien Welthandels sind der Bundesregierung bekannt
 - a) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland,
 - b) auf seiten der Europäischen Gemeinschaft,
 - c) auf seiten Japans,
 - d) auf seiten der Vereinigten Staaten von Amerika?

Welche Bemühungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, diese Beschränkungen zu beseitigen, und weshalb haben diese Bemühungen bisher nicht zum Erfolg geführt?

II. Landwirtschaft

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge von EG-Agrarkommissar MacSharry zum Abbau der Agrarsubventionen in der EG, und welches Konzept hat sie dem gegebenenfalls entgegensetzen?
6. Ist die Bundesregierung bereit, nunmehr innerhalb der EG eine führende Rolle bei der notwendigen Reform der europäischen Agrarpolitik zu übernehmen, um der Durchsetzung der deutschen exportpolitischen Interessen angemessen Rechnung zu tragen, aber auch, um eine umweltverträgliche Landwirtschaft EG-weit durchzusetzen? Wenn ja, welche spezifisch bindenden Verpflichtungen sollen ihrer Auffassung nach in bezug auf
 - a) den Zeitrahmen und Höhe der Abbauschritte in den drei Teilbereichen interne Stützung, Marktzugang und Exportsubventionen,
 - b) die EG-weite Durchsetzung umweltverträglicher Produktionsweisen und Produkteeingegangen werden?
7. Treffen Presseberichte zu, nach denen sich die Bundesrepublik Deutschland im Dezember letzten Jahres zusammen mit Frankreich gegen die Vorschläge der EG-Kommission zum Abbau der Agrarsubventionen in Europa ausgesprochen hatte und damit eine Einigung auf der vorgesehenen GATT-Abschlußkonferenz im Dezember letzten Jahres verhindert hat?

Wenn ja, wie wird die Bundesregierung verhindern, daß es erneut zu einem Scheitern der GATT-Verhandlungen kommt?
8. Wie hoch sind die jährlich aus dem Bundeshaushalt, den Länderhaushalten und dem EG-Haushalt gezahlten staatlichen Agrarsubventionen pro Kopf der in der deutschen Landwirtschaft Beschäftigten?
9. Wie hoch sind die Agrarsubventionen, und um wieviel wird dadurch der deutsche Steuerzahler im Durchschnitt jährlich belastet?

10. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den jährlichen Verlust an Auslandsaufträgen, Wachstum und Arbeitsplätzen im gewerblichen Bereich in der Bundesrepublik Deutschland, der dadurch entsteht, daß Einkommen in wettbewerbsfähigen Agrar-Drittländern durch Exportsubventionen für EG-Agrarerzeugnisse vernichtet werden?
11. Wie verträgt sich die von der Bundesregierung stets erhobene Forderung nach Liberalisierung des Welthandels und zum Abbau handelspolitischer Hemmnisse mit ihrer bisherigen Haltung, den Agrarprotektionismus in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft aufrechtzuerhalten und einen wirksamen Abbau des Protektionismus bisher stets verhindert zu haben?
12. Ist die Bundesregierung bereit, nachdem ihr Konzept der Mengenbegrenzung über Stilllegung von Produktionskapazitäten weitgehend gescheitert ist, durch Vorlage eines zukunftsbezogenen Agrarreformkonzeptes dem berechtigten Anliegen der deutschen Landwirte Rechnung zu tragen, umgehend Klarheit über die agrarpolitischen Eckdaten für die künftige Entwicklung zu erhalten, die sich aus den GATT-Verhandlungen und der Reform der europäischen Agrarpolitik ergeben?

Wie will sie insbesondere das Problem der Getreideüberschüsse, die in diesem Jahr rund 45 Millionen Tonnen betragen und im kommenden Jahr voraussichtlich rd. 50 Millionen Tonnen zusätzlich betragen werden, lösen, ohne daß diese Mengen zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt zu Lasten der Länder der Dritten Welt und Osteuropas gelangen?

13. Gedenkt die Bundesregierung bei der EG-Kommission darauf hinzuwirken, daß das Verhandlungsangebot der EG bei den GATT-Verhandlungen nachgebessert wird, um zusätzliche Importe für Agrarerzeugnisse in die Europäische Gemeinschaft auch aus den osteuropäischen Reformländern zu ermöglichen?

Welchen Beitrag leisten andere GATT-Mitglieder, vor allem die USA und Japan, um zusätzliche Agrarimporte aus den osteuropäischen Reformländern zu ermöglichen?

14. Welche Position hat der Bundeskanzler im Konflikt zwischen dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der sich bisher für mengengebundene und damit produktionssteigernde Zahlungen an die Landwirte einsetzt und dem Bundesminister für Wirtschaft, der eine stärkere Umschichtung zugunsten direkter Einkommenshilfen an die Bauern präferiert?

Ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bereit, sich die seit längerem von der SPD erhobene Forderung zu eigen zu machen, produktionssteigernde Subventionen durch produktionsneutrale, weniger wettbewerbsverzerrende Direktzahlungen an die Bauern zu ersetzen?

III. Entwicklungsländer

15. Durch welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß der Zugang der Entwicklungsländer zum europäischen Markt ausgeweitet wird, damit die Chancen dieser Länder verbessert werden, die notwendigen Deviseneinnahmen zur Begleichung ihrer Schulden und zur Verbesserung ihrer Wirtschaftskraft und Leistungsfähigkeit zu erzielen, um damit auch zur Linderung des Wanderungsdrucks auf die Industrieländer aus wirtschaftlichen Motiven beizutragen?

16. Wie hoch sind die jährlichen Einkommenseinbußen der Entwicklungsländer, die ihnen durch den Protektionismus entstehen, insbesondere durch den Agrar- und Industrieprotektionismus einschließlich der progressiven Zollgestaltung (sogenannte Zoll-Eskalation)?

Und wie hoch sind diese Einkommenseinbußen im Verhältnis zur Höhe der Zinsen, die die Entwicklungsländer jährlich aufgrund ihrer Verschuldung zu leisten haben?

17. Wie wird sichergestellt, daß die Entwicklungsländer auch künftig zu vertretbaren Bedingungen Lizenzen und Patente zur Verwertung erhalten, vor allem für Techniken zur ökologischen Produktion und im Bereich der Pharmaprodukte?

18. Wie kann die Verhandlungsposition der Entwicklungsländer im Rahmen des GATT institutionell gestärkt werden, um das wachsende Gefälle zwischen dem industrialisierten Norden und den wirtschaftlich ärmsten Ländern des Südens abzubauen und die Entwicklungschancen der Länder der Dritten Welt wirksam zu verbessern?

19. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß im Handelsverkehr weltweit die Durchsetzung sozialer Mindeststandards vereinbart werden sollte, und wenn ja, welche konkreten Vorschläge hat sie in diesem Zusammenhang bei der Formulierung der EG-internen Verhandlungsposition gemacht?

Wie soll sichergestellt werden, daß diese Mindeststandards vor allem in den Entwicklungsländern auch tatsächlich eingehalten und sanktioniert werden?

20. Inwieweit sind die von Weltbank und IWF geforderten Strukturanpassungsmaßnahmen zur Lösung der Schuldenkrise in den Entwicklungsländern kompatibel mit der derzeitigen Handelspolitik der Industrieländer?

IV. Institutionelle Reform des GATT

21. Tritt die Bundesregierung für eine institutionelle Aufwertung des GATT – eventuell ausgestattet mit Sanktionsbefugnissen – ein, die dem GATT eine vergleichbare Stellung wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank verschafft, um wirksam eine unbehinderte internationale Arbeitsteilung zu garantieren und die Effizienz eines freien Welthandels zu verbessern?

Wenn ja, wie soll eine institutionelle Aufwertung des GATT aussehen?

22. Wie soll nach Auffassung der Bundesregierung eine Verbesserung der Streitschlichtungsverfahren im Rahmen des GATT aussehen?

23. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun in Anbetracht der Tatsache, daß es einen engen Zusammenhang zwischen Handels- und Währungspolitik in der Weise gibt, daß gezielte Währungsabwertungen zur Verbesserung der Exportposition eines Landes bzw. Verteuerung der Importe unter Umständen eine größere Wirkung als Dumpingpreise bzw. Einfuhrzölle es haben können?

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß es diesbezüglich zu einer engen Zusammenarbeit zwischen GATT und IWF kommt, und wie sollte diese Zusammenarbeit konkret erfolgen?

V. Einzelthemen der GATT-Verhandlungen

24. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß im Rahmen des GATT eine Verbesserung des Schutzes geistigen Eigentums erreicht wird, an der gerade die deutsche Industrie größtes Interesse hat?

Gibt es in dieser Frage Doppelzuständigkeiten etwa zwischen dem GATT und der Weltorganisation für Geistiges Eigentum?

25. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das im Juli 1991 ausgelaufene und vorläufig bis Ende 1992 verlängerte Welttextilabkommen durch ein neues Abkommen ersetzt werden muß, mit dem der Textil- und Bekleidungssektor nach einer angemessenen Übergangszeit allmählich wieder ins GATT integriert wird?

Wenn ja, wie lange soll nach ihrer Vorstellung diese Übergangszeit dauern, und wie soll der Modus der Quotenaufstockung ihrer Auffassung nach aussehen?

Sollen bei Nichteinhaltung sozialer Mindeststandards oder bei Verstößen gegen Schutz geistigen Eigentums auf seiten der Entwicklungs- und Schwellenländer Liberalisierungszugeständnisse teilweise wieder zurückgenommen werden?

26. Was unternimmt die Bundesregierung zum Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse in anderen Ländern?

Hat sie vor, gegen mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen vorzugehen, und welche Position hatte sie bei dem kürzlich zwischen der EG und Japan ausgehandelten „freiwilligen Export-Selbstbeschränkungsabkommen“ für die japanische Autoindustrie bezogen?

27. Welche Position hat die Bundesregierung in der Frage der Ausdehnung der EG-internen Liberalisierung im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens auf alle GATT-Mitglieder?

28. Welche Haltung nimmt die Bundesregierung in der Frage ein, die Effizienz des GATT-Kodex für Subventionen zu verbessern?

Für wie glaubwürdig hält die Bundesregierung ihre Forderung, wegen der wettbewerbsverzerrenden Wirkung von Subventionen gegen andere Länder vorzugehen, wenn sie selbst und die EG in weiten Bereichen Subventionen in großem Umfang gewähren?

29. Welche Haltung nimmt die Bundesregierung in der Frage der Anti-Dumping-Maßnahmen ein?

Hält sie das Vorgehen der EG bei den von ihr durchgeführten Anti-Dumping-Verfahren für berechtigt?

Welche konkreten Vorschläge zur Verbesserung von Anti-Dumping-Verfahren hat die Bundesregierung gemacht?

Und wie kann die Bundesregierung sicherstellen, daß Anti-Dumping-Verfahren in Europa nicht als protektionistisches Instrument mit negativen Folgen für die Verbraucher eingesetzt werden?

30. Hält es die Bundesregierung für sinnvoll und aussichtsreich, ein neues multilaterales Regelwerk für den internationalen Dienstleistungshandel im Rahmen des GATT zu schaffen, oder soll ihrer Auffassung nach bei Ausbleiben einer Einigung aller GATT-Mitglieder der Dienstleistungshandel außerhalb des GATT geregelt werden?

Treffen Presseberichte zu, wonach die Vereinigten Staaten von Amerika die drei großen Sektoren Seeverkehr, Luftverkehr und Telekommunikation aus dem Übereinkommen ausklammern wollen?

Welche Auswirkungen werden sich nach Einschätzung der Bundesregierung für die Bundesrepublik Deutschland ergeben, wenn im Zuge der Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels auch die Freizügigkeit für Arbeitskräfte hergestellt ist?

31. Welchen Standpunkt nimmt die Bundesregierung in der Frage der sogenannten handelsrelevanten Investitionsmaßnahmen ein, vor allem in bezug auf local-content-Vorschriften, die Höhe des Gewinntransfers, Beteiligung von inländischen, nicht-kommerziellen Körperschaften an Unternehmensentscheidungen?

Welche Auswirkungen würden sich bei einem Verbot etwa von local-content-Bestimmungen auf die deutsche Wirtschaft in den alten und neuen Bundesländern ergeben?

32. Würde sich nach Einschätzung der Bundesregierung eine Liberalisierung auf den privaten Finanzsektoren, beispielsweise auf dem privaten Versicherungssektor, im Rahmen des GATT aufgrund des erhöhten Wettbewerbsdrucks eher positiv oder negativ auf die deutschen Verbraucher auswirken?

Auf welche Weise wäre sichergestellt, daß die in den GATT-Mitgliedsländern bestehenden unterschiedlichen Rechtssysteme und Schutzniveaus in der privaten Versicherungswirtschaft sich nicht zum Nachteil der deutschen Verbraucher auswirken?

Ist in diesem Zusammenhang an eine zentrale Aufsicht oder an eine Aufsicht im Sitzland nach harmonisierten Standards gedacht?

Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen der GATT-Verhandlungen auf andere Bereiche des Finanzsektors in der Bundesrepublik Deutschland ein, beispielsweise auf den Bereich der Investmentbanken?

VI. *Ökologische Probleme des internationalen Handels*

33. Wie will die Bundesregierung bei den GATT-Verhandlungen sicherstellen, daß die für den Weltmarkt hergestellten Agrarprodukte der Entwicklungsländer keine oder geringere negative ökologische Auswirkungen in diesen Ländern haben?

34. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über den Export von gefährlichen Abfällen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bzw. der EG in Länder der Dritten Welt vor, und hält sie die Regelungen der Baseler Konvention für ausreichend zur Verhinderung solcher Exporte?

Wenn nicht, wird die Bundesregierung sicherstellen, daß dieses Problem bei den GATT-Verhandlungen einer Lösung näher gebracht wird?

35. Wie beurteilt die Bundesregierung den Export bzw. die Verlagerung von Produktionsanlagen, die den umweltrechtlichen Anforderungen der Exportländer nicht mehr genügen, in Länder der Dritten Welt?

In welcher Weise wird diese Problematik bei den GATT-Verhandlungen thematisiert und gelöst?

36. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls, solche Exporte zu verhindern oder mit Auflagen zu versehen?

37. Welche negativen ökologischen Auswirkungen erwartet die Bundesregierung von einer Zunahme des Welthandels und dem damit verbundenen höheren Verkehrsaufkommen?

38. Hält es die Bundesregierung für notwendig, für den Export von Waren grundsätzlich die gleichen Regeln hinsichtlich Produktbeschaffenheit, Kennzeichnung etc. anzuwenden wie für das Inverkehrbringen im Inland, und wie will sie diese Problematik bei den laufenden GATT-Verhandlungen lösen?

39. Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, den Export von hoch entwickelten Umweltechnologien in Länder der Dritten Welt im Rahmen des GATT zu fördern?

40. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, aus ökologischen Gründen unerwünschte Handelsströme (z. B. Tropenholz aus Primärwäldern) zum Beispiel durch Abgaben, deren Auf-

kommen Exportländern zustehen sollte, zu beschränken und dies im GATT-Regelwerk zu verankern?

VII. Sonstiges

41. Hält die Bundesregierung die Einführung ökologischer Mindeststandards im internationalen Handel im Rahmen des GATT für sinnvoll?

Wenn ja, welche Schritte will sie unternehmen, um dies durchzusetzen?

42. Wie soll nach Auffassung der Bundesregierung die Einbeziehung der Reformländer Mittel- und Osteuropas einschließlich der Sowjetrepubliken in das GATT erfolgen?

Welche Regelungen wären nach Auffassung der Bundesregierung auf europäischer und internationaler Ebene notwendig, um die Handelschancen dieser Länder zu verbessern?

43. Welche Haltung nimmt die Bundesregierung im Airbus-Disput zwischen den USA und der EG ein, der im Rahmen der GATT-Verhandlungen gelöst werden soll?

Welche Rechtsgrundlage soll ihrer Ansicht nach beim Streit über die Subventionierung der Industrie für Zivilluftfahrzeuge angewendet werden, und wie soll sichergestellt werden, daß auch die amerikanische Seite ihre Subventionen in diesem Bereich offenlegt?

Welche Haltung hat die Bundesregierung in dem laufenden Verfahren gegen die Subventionierung von Währungskursdifferenzen für den Airbus durch die Bundesrepublik Deutschland?

44. Wie bewertet die Bundesregierung das Problem, daß im Zuge einer Liberalisierung des Welthandels Produkte auf den EG-Markt gelangen können, die nach der Art und Weise ihrer Erzeugung keineswegs den EG-Umwelt- und Verbraucherschutznormen entsprechen, und wie will sie eine Verringerung der EG-Wettbewerbsfähigkeit vermeiden, ohne daß es zu einem Umweltschutzprotektionismus gegen Entwicklungsländer kommt?

45. Welche Konsequenzen erwartet die Bundesregierung im Falle eines Fehlschlags der Verhandlungen der GATT-Uruguay-Runde für die Bundesrepublik Deutschland, und wie gedenkt sie darauf zu reagieren?

Bonn, den 16. Oktober 1991

Wolfgang Roth
Dr. Norbert Wieczorek
Dr. Ingomar Hauchler
Dr. Uwe Jens
Dr. Fritz Gautier
Norbert Gansel
Brigitte Adler
Robert Antretter
Hermann Bachmaier
Holger Bartsch
Hans Berger
Hans Gottfried Bernrath
Friedhelm Julius Beucher
Rudolf Bindig
Lieselott Blunck
Arne Börnsen (Ritterhude)
Anni Brandt-Elsweier
Hans Büchler (Hof)
Edelgard Bulmahn
Ursula Burchardt
Hans Martin Bury
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Peter Conradi
Dr. Nils Diederich (Berlin)
Dr. Marliese Dobberthien
Eike Ebert
Dr. Peter Eckardt
Helmut Esters
Carl Ewen
Lothar Fischer (Homburg)
Norbert Formanski
Anke Fuchs (Köln)
Monika Ganseforth
Iris Gleicke
Achim Großmann
Karl Hermann Haack (Extertal)
Dr. Liesel Hartenstein
Reinhold Hiller (Lübeck)
Dr. Uwe Holtz
Gunter Huonker
Gabriele Iwersen
Ilse Janz
Dr. Ulrich Janzen
Volker Jung (Düsseldorf)
Susanne Kastner
Marianne Klappert
Siegrun Klemmer
Hans-Ulrich Klose
Walter Kolbow
Rolf Koltzsch
Volkmar Kretkowski
Horst Kubatschka
Dr. Klaus Kübler
Detlev von Larcher
Klaus Lennartz
Dr. Elke Leonhard-Schmid
Klaus Lohmann (Witten)
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Ulrike Mascher
Christoph Matschie
Ingrid Matthäus-Maier
Ulrike Mehl
Herbert Meißner
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Siegmar Mosdorf
Michael Müller (Düsseldorf)
Albrecht Müller (Pleisweiler)
Rudolf Müller (Schweinfurt)
Jutta Müller (Völklingen)
Christian Müller (Zittau)
Franz Müntefering
Gerhard Neumann (Gotha)
Dr. Edith Niehuis
Horst Niggemeier
Jan Oostergetelo
Dr. Helga Otto
Peter Paterna
Albert Pfuhl
Joachim Poß
Rudolf Purps
Walter Rempe
Renate Rennebach
Otto Reschke
Peter W. Reuschenbach
Gudrun Schaich-Walch
Dieter Schanz
Dr. Hermann Scheer
Siegfried Scheffler
Otto Schily
Dieter Schloten
Günter Schluckebier
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ursula Schmidt (Aachen)
Dr. Emil Schnell
Dr. Rudolf Schöfberger
Ottmar Schreiner
Karl-Heinz Schröter
Dietmar Schütz
Dr. Werner R. Schuster
Ernst Schwanhold
Bodo Seidenthal
Lisa Seuster
Horst Sielaff
Erika Simm
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Wieland Sorge

Dr. Dietrich Sperling
Antje-Marie Steen
Ludwig Stiegler
Joachim Tappe
Margitta Terborg
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Günther Tietjen
Hans-Günther Toetemeyer
Hans-Eberhard Urbaniak
Siegfried Vergin
Josef Vosen
Hans Wallow
Rudi Walther (Zierenberg)
Wolfgang Weiermann

Barbara Weiler
Reinhard Weis (Stendal)
Gunter Weißgerber
Jochen Welt
Dr. Axel Wernitz
Lydia Westrich
Gudrun Weyel
Helmut Wieczorek (Duisburg)
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Hermann Wimmer (Neuötting)
Verena Wohlleben
Hanna Wolf
Dr. Christoph Zöpel
Dr. Peter Struck
Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion